

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Die sechsgepaltenen Zeitzeile kostet 15 Pfennig, die Reflamezeile 30 Pfennig.

## Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Zuschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine  
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Zuschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

Nr. 2. Dienstag., den 4. Januar 1910 9. Jahrg.



**Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs**  
findet am  
**Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 7 1/2 Uhr,**  
**ein Fest-Essen**  
im Restaurant von **Albert Feicht** hiersebst (ohne Weinzwang) statt, wozu die Herren Einwohner von Hohen-Neuendorf und Umgegend freundlichst eingeladen werden.  
Preis des Gedrucks 2,50 Mark.

Alle diejenigen Herren, welche sich hieran zu beteiligen wünschen, werden gebeten, ihre Namen in die bei dem Gemeindevorsteher **Wilberg**, Restaurateur **Feicht** und den Vereinsvorstehenden ausliegenden Listen bis spätestens zum 22. d. Mts. eintragen zu lassen.  
Hohen-Neuendorf, den 1. Januar 1910.

**Das Komitee.**  
Wilberg. Hornemann. M. Jüng. Köhe. Dornacher. Verte. Kleefen. Dr. Rosenzthal. Schulz. Wolten.



### Amtliche Bekanntmachungen.

**Hohen-Neuendorf.**  
**Bekanntmachung.**  
Die hier wohnhaften Militärpflichtigen, welche im Jahre 1890 geboren, sowie diejenigen Militärpflichtigen, welche in den Jahren 1889, 1888 und früher geboren sind und eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis noch nicht erhalten haben, werden gemäß § 25 W.-O. hierdurch aufgefordert, sich in der Zeit vom **15. Januar bis 1. Februar 1910**

im Amtszimmer der Gemeindevverwaltung zur Rekrutierungsstammrolle anzumelden.

Bei der Anmeldung ist seitens der Militärpflichtigen des Jahrgangs 1890, sofern sich dieselben nicht in ihrem Geburtsort aufhalten, das standesamtliche Geburtszeugnis, seitens der älteren Jahrgänge dagegen der Lösungsschein vorzulegen.

Auch mache ich darauf aufmerksam, daß nach § 25 b W.-O. die Eltern, Vormünder, Vorges. und Fabrikereigenen solcher Militärpflichtigen, welche von ihrem tätigen Wohnorte nur vorübergehend abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsgehilfen, auf See befindliche Seeleute pp.) verpflichtet sind, dieselben bei dem Ortsvorstand ihres ständigen Wohnortes während des oben genannten Zeitraumes zur Stammrolle anzumelden.

Wesentl. von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche in einem bestimmten Zeitraum von den Erfahrsbehörden isdrücklich davon entbunden oder über das Jahr 1910 hinaus zurückgestellt worden sind.

Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem anderen aushebungs- oder Musterungsbezirk verlegen, haben es behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Gange der Behörde oder Person, von welcher sie in die Stammrolle aufgenommen sind, als auch nach Ansicht an dem neuen Ort derjenigen Behörde oder Person, welche daselbst mit der Führung der Stammrolle beauftragt ist, **spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.**

Über die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird die Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis drei Tagen bestraft.

Diejenigen Schiffsahrtstreibenden Militärpflichtigen, welche durch die Bestellung beim Musterungsgeschäft in der Ausübung ihres Berufes erhebliche Nachteile erleiden werden, können auf ihren Antrag von der Bestimmung

pflicht beim Musterungsgeschäft entbunden und bis zu dem im Monat Dezember stattfindenden Schiffermusterung zurückgestellt werden. Derartige Anträge sind rechtzeitig, **spätestens jedoch in dem im Frühjahr stattfindenden Musterungsgeschäft** bei mir einzubringen. Die Ortsbehörden des Kreises haben Vorstehendes in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.  
Berlin, den 15. Dezember 1909.

**Der Landrat.**  
M. 19011. gez. Graf von Poedern.  
Veröffentlicht:  
Hohen-Neuendorf, den 30. Dezember 1909.  
**Der Gemeindevorsteher.** Wilberg.

### Das Jahr 1909.

Das alte Jahr ist in die Ewigkeit zurückgesunken, und das neue angebrochen. Da gehört es sich nach alter Weise, es in kürzeren Zügen zu überflauen. Abgesehen von dem Jahre des Zollfreites, ist es vielleicht dasjenige des letzten Jahrzehnts gewesen, das im politischen Leben am einschneidendsten war. Alle Parteigruppierungen gingen in die Brüche, und andere traten an ihre Stelle. Es entstand ein politischer Werdeprozeß, dessen Entwicklung sich nicht absehen läßt. Und das alles hat der Kampf um die Reichsfinanzreform zutage gebracht. Bilows' Vordringung in Trümmern, der Kaiser selbst unter sich begrabend. Aber der Preis war des Opfers wert. Der Bloß stellte sich als das größte Hindernis für die Verabschiedung der Finanzreform heraus; diese mußte aber zustande kommen, sollte das Reich nicht wieder zumachenden Schaden erleiden. Spätere Zeiten, wo der Bloß nicht mehr durch die jetzigen Parteieliten getrieben ist, werden jedoch erst die Sat der Parteien richtig einschätzen lernen, die sich so selbstlos für das Interesse des Reiches zur Verfügung stellten.

Leider fehlt aber auch die Rehrseite zu diesem immerhin erfreulichen Bilde nicht. Der Bloß hatte eine gewisse nationale Spannkraft ausgelöst. Und es scheint, als ob diese stark gelitten hat. Denn die rote Hochflut schwellt bedenklich an, und die Sozialdemokratie konnte die Schlappe des Jahres 1907 zum großen Teil wieder gutmachen. Merkwürdigerweise mußten aber die Parteien die Fische bezahlen, die da meinten, durch Zertrümmerung des Bloßes das beste Geschäft machen zu können, wir meinen damit unsere bürgerliche Linke. Sie hat durch ihre Hege allerdings der Rechten manchen Abbruch getan, aber nur zum Vorteil der Genossen, und sie hat es erreicht, daß an Strohstark sie allein geschwächt worden ist. Die Freisinnigen suchten allerdings durch engeren Zusammenhalt ihrer Parteipolitik sich nach außen größeres Gewicht zu verschaffen, aber sie haben dadurch auch nicht viel erreicht, da ihr Programm, worauf sie sich geeinigt haben, recht unklar ist und dementsprechend eine mittlere Linie hält, die wieder zu allerlei Streitigkeiten führen muß. Erfreulich ist dabei, daß die kurze Bloßgemeinschaft doch nicht ganz ohne Nutzen gewesen zu sein scheint. In Beurteilung nationaler Fragen hat der Freisinn sicher umgelernt. Das neue Programm enthält nichts mehr davon, daß die Rüstungen zu Wasser und zu Lande eingeschränkt werden müssen.

Von einer Konzentration des Freisinns nach rechts zu sprechen, wäre deshalb verfrüht, aber auf jeden Fall hat er sich mehr den Nationalliberalen dadurch genähert. Nur der Sozialdemokratie gegenüber ist seine Stellung noch nicht recht klar. Es läßt sich noch immer durch das Gespenst einer angeblichen Reaktion sprechen und leistet so den Genossen Handlagerdienste. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die bisherigen üblen Erfahrungen auf diesem Gebiete, die auch für die Zukunft zu erwarten sind, einen Umschwung in seiner Stimmung herbeiführen, zumal er ja sehen muß, daß die Parteien, denen er eigentlich sein Dasein noch verdankt, auf der rechten Seite sind. Denn wo wäre der Freisinn ohne die Unterstützung der Konservativen geblieben?

Mit einer gewissen Genehmigung können dagegen die Konservativen auf das verfloßene Jahr zurückblicken. Es brachte ihnen viele harte Kämpfe mit Gegnern und sogar in den eigenen Reihen, aber diese erwiesen sich als segensreich. Würde es doch durch sie erst klar, welche eine große Kraft im konservativen Gedanken steckt. Er brach sich mit elementarem Gewalt aus dem Paritätage in Berlin Bahn und zeigte dem Volke, einen wie starken Rückhalt es in ihn gegen alle feindlichen Gefahren hat. Die Gegner glaubten, der konservativen Partei in der Finanzreform eine geschickte Schlinge gelegt zu haben. Aber sie haben sich einzig selbst darin gefangen. Den Aufsteig der Rechten des Jahres 1909 wird das neue

weiter fördern. Das kann aber nur geschehen, wenn alle ihre Kräfte einengen. Wer dabei mithilft, tut seinem Vaterlande den besten Dienst, hat sich doch gerade in dieser bewegten Zeit die konservative Partei als die einzigen erwiesen, die imstande ist, die rote Hochflut zum Stehen und schließlich zum Zurückfluten zu bringen.  
H. St.

### Deutsches Reich.

**Verleihung der preussischen Rettungsmedaille an den Prinzen Heinrich der Niederlande.** Für seine aufopfernde Tätigkeit bei der Rettung der Schiffbrüchigen des englischen Dampfers „Berlin“, der in der Nacht vom 20. zum 21. Februar 1907 bei Hoek van Holland seichte, ist dem Prinzen Heinrich der Niederlande nunmehr auch die preussische Rettungsmedaille verliehen worden. Wie erinnert, hat der Prinz an Bord eines Lothardampfers mit Einsetzung seines eigenen Lebens die Hilfsaktion geleitet und die kühnen Retter zu immer neuen Verjüdungen angefeuert. Unter den Geretteten befinden sich, wie seinerzeit berichtet, auch zahlreiche Deutsche, unter ihnen die Mitglieder eines Opernensembles, das sich auf der Heimreise von einem Gastspiel in London befand. Der Kaiser verlieh dem Prinzen die Auszeichnung jetzt bei Gelegenheit der Hochzeit des Regenten von Braunschweig, an der mit dem Kaiserpaar auch der Prinz teilnahm.

**Landtagseröffnung.** Der preussische Minister des Innern veröffentlicht im „Staatsanzeiger“ folgende Bekanntmachung: „In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 21. d. M. setze ich die Herren Mitglieder der beiden Häuser des Landtags der Monarchie ergebenst davon in Kenntnis, daß die Eröffnung des auf den 11. Januar 1910 einberufenen Landtags an diesem Tage, mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Berlin erfolgen wird. Zuvor wird Gottesdienst um 11 Uhr im Dom für die evangelischen und um 11 1/2 Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder stattfinden.“

**Dänische Freiheit.** Das Hauptorgan der gegenwärtigen radikalen Regierung Dänemarks, das Kopenhagen Blatt „Politiken“, schreibt zu den letzten Maßnahmen der Verwaltungsbehörden in Nordschleswig (Verweigerung von Niederlassungserlaubnis und Ausweisung von Ausländern) gegenüber der dänischen Agitation: „Diese Bestrebungen kann nicht, wie entprechenden Angriffen auf Optanten und Optantenfinder oder „gemachte Optanten“, eine formelle Verechtigung (11) abgesprochen werden, aber sie stehen in starkem Gegensatz (11) zu der Politik, welche die Optantenverein (??) der Grenzbevölkerung, unter Vermittlung der Untertanenverbände, unter dem Druck der Agitation des Deutschen Vereins (??) handeln die Landräte und Oberpräsident v. Bilow in Reaktion gegen die Politik, für welche der Oberpräsident 1907 ein so warmer und wohlbedachter Vertreter war.“

Dazu bemerkt die „Sonderburger Zit.“: „Vorher das dänische Regierungsblatt sich entrüstete, sollte es lieber dafür Sorge tragen, daß die Unterstützung aufhört, welche der Unpopulären Agitation in Nordschleswig von Seiten weiter Kreise des dänischen Volkes trotz des Optantenvertrages immer noch zuteil wird; gerade dadurch wird die Grenzbevölkerung seit Jahren am meisten benachteiligt und gehindert, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden. — Gegen Annahmen aber, welche darauf hinausgehen, daß die preussische Regierung nicht mehr Herr im eigenen Lande sein, und vom Auslande hergekommen, das ihnen gewährte Goltredt schände mitbringende Friedensstörer nicht über die Grenze zurückbefördern sollte, kann nicht ernstlich genug Front gemacht werden. Wenn diese Angelegenheit etwa im preussischen Landtag zur Sprache gebracht werden sollte — und das wird hoffentlich geschehen —, so wird das Kopenhagen Regierungsblatt sicherlich vom Ministerialbüro eine unzweideutige Antwort erhalten.“

### Aus den Schulgebieten.

**Die Bahn nach dem Rilmandscharo.** Berlin, 30. Dezember. In der vom Kolonialamt vorgelegten Denkschrift über den weiteren Ausbau der Bahn nach dem Rilmandscharo ist, wie mitgeteilt, Moskau als Endpunkt der neu zu erbauenden Strecke bezeichnet worden. Verschiedentlich wurde in der Presse getadel, daß nicht ein weiterer Ausbau in Aussicht genommen sei. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ teilt nun mit, daß das Kolonialamt zwar glaube, nur etapenweise hierbei vorgehen zu sollen, daß es aber keineswegs einem Weiterbau der Bahn abgeneigt sei, sobald die Mittel dazu sich finden und die wirtschaftliche Entwicklung der weiterliegenden Gebiete es angezeigt erscheinen lasse. Ein Weiterbau der Bahn bis Arnica und später bis zum